

04.04.2007

Sitzungsvorlage Nr. 050/07

Vorlage der Jahresrechnung 2006

Gremien	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Sitzungsdatum	16.05.2007
Gremien	Kreisausschuss	Sitzungsdatum	05.06.2007
Gremien	Kreistag	Sitzungsdatum	05.06.2007
Organisationseinheit	Steuerungsdienst	Berichterstattung	Stratmann, Rainer
Beratungsstatus	öffentlich		
Budget-Nr.	01 , Zentrale Verwaltung	Haushaltsjahr	2007
Produktgruppen-Nr.	01.01 , Steuerungsdienst	Finanzielle Auswirkungen	
Produkt-Nr.	01.01.02 , Finanzwirtschaft, Budgetierung		

Beschlussvorschlag

Die am 28.02.2007 aufgestellte und vom Landrat festgestellte Jahresrechnung 2006 (einschließlich Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Begründung der Vorlage

Der Landrat hat am 28.02.2007 gem. § 93 Abs. 2 GO NW* die Jahresrechnung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2006 festgestellt, nachdem der Kassenverwalter die richtige Aufstellung des kassenmäßigen Abschlusses und der Kreiskämmerer die richtige Aufstellung der Jahresrechnung bescheinigt haben.

Der Jahresrechnung sind folgende Anlagen nach § 39 Abs. 2 GemHVO * beigelegt:

- Vermögensübersicht
- Übersicht über die Schulden und die Rücklagen
- Rechnungsquerschnitt und Gruppierungsübersicht
- Rechenschaftsbericht

Nachstehend sind die wesentlichen Daten zusammenfassend dargestellt:

A Feststellung des Ergebnisses

Einnahmen/Ausgaben	Verwaltungs-Haushalt	Vermögens-Haushalt	Summen
	Euro	Euro	Euro
Soll-Einnahmen	293.809.223,78	19.167.033,96	312.976.257,74
+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00	2.370.270,00	2.370.270,00
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	2.624.134,38	2.624.134,38
- Abgang alter Kasseneinnahmereste	706.232,50	66.000,00	772.232,50
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	293.102.991,28	18.847.169,58	311.950.160,86
Soll-Ausgaben	316.913.984,12	19.464.952,75	336.378.936,87
+ neue Haushaltsausgabereste	0,00	802.000,00	802.000,00
- Abgang alter Haushaltsausgabereste	132.579,93	1.423.058,70	1.555.638,63
- Abgang alter Kassenausgabereste	-402,27	-3.275,53	-3.677,80
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	316.781.806,46	18.847.169,58	335.628.976,04
Fehlbetrag	-23.678.815,18	0,00	-23.678.815,18

Im Vergleich zu dem in der Haushaltssatzung ausgewiesenen Fehlbedarf in Höhe von **24.452.264,00 Euro** sind folgende Veränderungen eingetreten:

	Haushaltssatzung	Rechnungsergebnis	Veränderungen	
	Euro	Euro	Euro	Prozent
Verwaltungshaushalt				
Einnahmen	290.889.642,00	293.102.991,28	2.213.349,28	0,76%
Ausgaben	315.341.906,00	316.781.806,46	1.439.900,46	0,46%
Fehlbetrag	-24.452.264,00	-23.678.815,18	-773.448,82	-3,16%
Vermögenshaushalt				
Einnahmen	24.591.525,00	18.847.169,58	-5.744.355,42	-23,36%
Ausgaben	24.591.525,00	18.847.169,58	-5.744.355,42	-23,36%

*(in der bis zum 31.12.2004 geltenden Fassung unter Hinweis auf § 9 des Gesetzes zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen)

B Verwaltungshaushalt

Der **Verwaltungshaushalt** schließt im Jahresergebnis 2006 mit einem **Fehlbetrag** in Höhe von **23.678.815,18 Euro** ab. In dem Abschluss ist eine Fehlbetrags-Abdeckung aus Vorjahren (2004) in Höhe von 11.152.370,67 Euro enthalten, so dass sich ein **jahresbezogenes Defizit** in Höhe von **12.526.444,51 Euro** ergibt.

Im Vergleich zur Haushaltsplanung, die einen Fehlbedarf von 24.452.264 Euro ausweist, hat sich im Jahresabschluss eine Verbesserung in Höhe von 773.448,82 Euro ergeben.

Nachstehend werden für die einzelnen Budgets die Abweichungen von den ursprünglichen Ansätzen des Haushaltsplanes dargestellt:

Abweichungen im Verwaltungshaushalt

Budget		Mehr/Minder- Einnahme (+/-) TEUR	Mehr/Minder- Ausgaben (+/-) TEUR	Gesamtabschluss Verbesserung (+) Verschlechterung(-) TEUR
01	Zentrale Verwaltung	785	-889	1.674
32	Öffentl. Sicherheit u. Ordnung	-2	73	-75
36	Straßenverkehr	192	-287	479
40	Schulen und Bildung	171	-474	645
41	Kultur und Medien	46	-68	114
50	Arbeit und Soziales	526	4.098	-3.572
51	Familie und Jugend	134	-137	271
53	Gesundheit und Verbraucherschutz	226	-79	305
60	Bauen	-217	-298	81
62	Vermessung und Kataster	195	-179	374
69	Natur und Umwelt	157	-321	478
Gesamt		2.213	1.439	774

Die gravierende Verschlechterung im Budget 50 "Arbeit und Soziales" von 3,572 Mio Euro kann durch Haushaltsverbesserungen in den anderen Budgets in 2006 aufgefangen werden.

Im Bereich der **Krankenhilfe** erhöht sich der Zuschussbedarf um rd. 2 Mio. Euro im Vergleich zu den Plandaten. Nicht versicherte Sozialhilfeempfänger - speziell alte und behinderte Menschen - bedurften in erhöhtem Maße einer medizinischen Betreuung.

Der Zuschussbedarf im Bereich der **Grundsicherung nach dem SGB II** ist um 2, 5 Mio Euro angestiegen. Während der Ausgabeansatz für Unterkunft und Heizung mit einem Gesamtvolumen von 74,030 Mio Euro lediglich um 950 TEuro überschritten worden ist, ist im Bereich der Einnahme eine Anpassung des Ansatzes an einen verminderten Ausgabeansatz in der Haushaltsaufstellungsphase unterblieben und führt im Jahresabschluss zu Mindereinnahmen von 900 TEuro. Hinzu kommt bei den einmaligen Leistungen wie Erstausrüstung für Wohnung, Bekleidung u.a. eine Mehrausgabe von 620 TEuro, da die Ausgaben entgegen der Erwartungen auf hohem Niveau verblieben sind.

Der Bereich **Hilfe zur Pflege** schließt dagegen insgesamt um rd. 1,1 Mio Euro besser ab als geplant. Im wesentlichen liegt der Grund dafür bei Minderausgaben, die sich infolge einer verfälschten Ansatzplanung nach

der Trennung der Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen mit Einführung des SGB XII in den vergangenen Jahren ergeben haben. Zum Teil handelt es sich um Mittel, die bei der Hilfe zum Lebensunterhalt zu berücksichtigen waren.

Abgemildert wird die Haushaltsverschlechterung im Budget 50 im wesentlichen durch allein 1,2 Mio Euro Mehreinnahmen bei den Ausgleichsleistungen des Landes für Wohngeld, die im Budget 01 unter "allgemeine Deckungsmittel" veranschlagt sind. Dies liegt insbesondere an einer höheren Gesamtausschüttungssumme sowie veränderten Verteilungsmodalitäten auf Seiten des Landes.

Ansonsten tragen Verbesserungen im Bereich der "allgemeinen Deckungsmittel" (wie höhere Ausschüttungserträge der VBU, Einsparungen bei Kreditzinsen) oder geringere Aufwendungen für Heimerziehung im Budget 51, erhöhte Einnahmen bei Gebühren und Bußgeldern in den Budgets 36 Straßenverkehr, 53 Gesundheit und Verbraucherschutz und 62 Vermessung und Kataster und Einnahmen bei den Ersatzgeldern im Bereich 69 Natur und Umwelt zu einem positiv entwickelten Jahresabschluss bei.

Durch die Tatsache, dass zum Jahreswechsel 2006 auf 2007 infolge der Umstellung des Rechnungswesens auf NKF **keine Haushaltsrestebildung/Rotabsetzung bei zweckgebundenen Einnahmen** im bisher bekannten Sinne erfolgt ist, verbleiben Einnahmen bzw. nicht verausgabte Mittel in Gesamtsumme von rd. 500 TEuro verbessernd im Jahresabschluss 2006, während die Belastung durch Neuveranschlagung in das Haushaltsjahr 2007 übertragen worden ist.

Obwohl sich der Jahresabschluss 2006 mit einer Verbesserung von 773 TEuro im Vergleich Planung zum Ergebnis positiv darstellt, darf man nicht verkennen, dass der Verwaltungshaushalt mit einem enormen Defizit von 23,7 Mio Euro abschließt. Zwar bedeutet dies im Vergleich zum Jahresabschluss 2005 mit einem Fehlbetrag von 36,5 Mio Euro eine Verbesserung, aber insgesamt gibt die Finanzsituation des Kreises Unna weiterhin erhöhten Grund zur Sorge.

Um der negativen Entwicklung gegenzusteuern wurde bereits Mitte des Jahres 2002 unter Einbeziehung aller Fachbereiche eine Aufgabenkritische Betrachtung begonnen, deren Ergebnisse in den vergangenen Jahren und auch für 2007 im Haushaltsentwurf größtenteils umgesetzt worden sind. Restliche Maßnahmen werden noch im Verlauf des Finanzplanungszeitraums greifen.

Weiterhin wurde zur Haushaltskonsolidierung eine "Finanzstrukturkommission" eingerichtet. Die Arbeit der Finanzstrukturkommission erfolgt unter permanenter externer Beratung und Begleitung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Als Ergebnis der Sitzungen konnten konkrete Festlegungen im Umfang von rd. 2 Mio Euro getroffen werden.

Um einen Ausweg aus der Finanzkrise zu finden, war es neben diesen eigenen Anstrengungen unverzichtbar, den Kreisumlagehebesatz im Haushaltsjahr 2006 anzuheben. Nur so können die Zieljahre des Haushaltssicherungskonzeptes (2007 jahresbezogener Ausgleich, 2012 Ausgleich mit Abdeckung aller Altdefizite) eingehalten werden.

C Vermögenshaushalt

Der **Vermögenshaushalt** schließt zunächst (ohne Kreditwirtschaft) mit einem **vorläufigen Überschuss** in Höhe von **253.864,38 Euro** ab. Dieser vorläufige Überschuss ermöglicht folgenden Umgang mit den Kreditermächtigungen der Jahre 2004, 2005 und 2006:

	Vorläufiger Überschuss	253.864,38	Euro
+	Haushaltseinnahmerest Kreditermächtigung 2006	2.370.270,00	Euro
./.	Abgang auf Kreditermächtigung 2005	2.621.162,67	Euro
./.	Abgang auf Kreditermächtigung 2004	2.971,71	Euro
=	Jahresabschluss	0,00	Euro

Das Volumen des Vermögenshaushaltes liegt mit einem Rechnungsergebnis in Höhe von 18.847.169,58 Euro um 5,7 Mio. Euro (23,36%) unter der bei der Haushaltsplanaufstellung veranschlagten Summe (24.591.525 Euro).

Allein durch die Tatsache, dass mit der Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf NKF zum Jahreswechsel 2006/2007 **keine Restebildung** in bekannter Form erfolgt ist, sondern die beantragten Mittel hauptsächlich über die Haushaltsplanung 2007 neu bereitgestellt worden sind, hat sich im Vermögenshaushalt das Rechnungsergebnis in der Ausgabe um rd. 2,8 Mio Euro reduziert.

Darin enthalten ist ein Einzelbetrag in Höhe von rd. 2 Mio. Euro bei der HH-Stelle 2402.9430 "PCB-Sanierung Hansa-Berufskolleg". Diese anteiligen Bauausgaben wurden in das Jahr 2007 verlagert und mit ihnen die spezielle Finanzierung über die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage.

Als Entnahme aus der **allgemeinen Rücklage** war im Haushaltsplan 2006 ein Betrag in Höhe von 4.750.000 Euro zur Finanzierung der PCB-Sanierung an Schulen eingeplant. Allerdings wurde zum einen ein großer Teil der Bauausgaben in das Jahre 2007 übernommen und zum anderen wurden vorrangig Mittel aus der Schulpauschale zur Finanzierung eingesetzt (763 TEuro) – und zwar sowohl aus den lfd. Zuwendungen für 2006 als auch aus dem Bestand der Sonderrücklage Schulpauschale. Die in 2006 geplante Rücklagenentnahme reduziert sich damit um 2.839.796,49 Euro auf 1.910.203,51 Euro.

Zum 31.12.2006 verbleibt damit ein **Bestand von 5.492.341,11 Euro** in der allgemeinen Rücklage. Die Mittel sollen lt. Haushaltsplanung 2007 komplett zur Deckung der Investitionen in 2007 verwandt werden.

Die weiteren Einsparungen im Haushaltsvollzug 2006 im Vermögenshaushalt (z.B. bei den Grunderwerbs- und Nebenkosten, Baul. Maßnahmen Haus Opherdicke/Pferdestall) tragen dazu bei, dass auf die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung 2005 weitestgehend verzichtet werden kann und lediglich über einen Betrag in Höhe von 590.840,33 Euro tatsächlich eine Darlehensaufnahme erfolgen muss, während 2,6 Mio. Euro in Abgang gestellt werden können.

Die **Entwicklung der Verschuldung** des Kreises Unna stellt sich bezogen auf die Stichtage 31.12. für die letzten Jahre wie folgt dar:

Schuldenstand 31.12.2003	63.656 T€
+ Neuaufnahme 2004	3.610 T€

./ Tilgung Kaufpreisdarlehen (VKU) 2004	-5.108 T€	
./ Planmäßige Tilgung 2004	-2.040 T€	-3.538 T€
.		
Schuldenstand 31.12.2004		60.118 T€
+ Neuaufnahme 2005	2.470 T€	
./ Tilgung Kaufpreisdarlehen (VKU) 2005	-3.700 T€	
./ Planmäßige Tilgung 2005	-2.166 T€	-3.396 T€
.		
Schuldenstand 31.12.2005		56.722 T€
+ Neuaufnahme 2006	1.180 T€	
./ Planmäßige Tilgung 2006	-2.322 T€	-1.142 T€
.		
Schuldenstand 31.12.2006		55.580 T€

Die **Gesamtverschuldung** des Kreises Unna konnte somit um 1,1 Mio. Euro **zurückgeführt** werden.

D Weiteres Verfahren

Nach Zuleitung der Jahresrechnung an den Kreistag und Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss beschließt der Kreistag über die geprüfte Jahresrechnung bis spätestens 31.12.2007; zugleich entscheidet er über die Entlastung des Landrates.

Vorab ist im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen über die Jahresrechnung zu beraten.

Der Beschluss über die Jahresrechnung und die Entlastung ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und öffentlich bekanntzumachen. Im Anschluss an die Bekanntmachung ist die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht an 7 Tagen öffentlich auszulegen.

Anlage

((ABES))